

Evangelische Friedensethik muss gewaltkritisch sein

Soll Deutschland seine internationale Verantwortung stärker militärisch wahrnehmen? Soll unser Staat mit Waffenlieferungen in gewalttätige Auseinandersetzungen eingreifen? In einer Zeit, in der Gewaltkonflikte in vielen Regionen der Welt die Schlagzeilen bestimmen, kann es gut sein, an die zentralen Anliegen der evangelischen Friedensethik zu erinnern. „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ lautet der Titel der Friedensdenkschrift, die der Rat der EKD im Herbst 2007 veröffentlicht hat. In unserer Kirche sind viele der darin beschriebenen Forderungen unumstritten, sowohl unter Pazifisten als auch bei den Vertretern einer militärischen Option. Und doch ist die staatliche Friedens- und Sicherheitspolitik weit davon entfernt, den wichtigen gewaltkritischen Impulsen der Friedensdenkschrift Raum zu geben. Von unveränderter Aktualität bleibt die vorsichtig formulierte Feststellung der Denkschrift-Autoren: „Noch kann nicht die Rede davon sein, dass sich die politische Gesamtrichtung von der Perspektive der zivilen Konfliktbearbeitung leiten lässt.“

„Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten.“ Dieser Kernsatz der evangelischen Friedensethik markiert den Vorrang der gewaltlosen Mittel bei der Friedensgestaltung. Zivile Prävention hat Vorrang gegenüber der militärischen Intervention. Bei der Wiederherstellung, Förderung und Bewahrung des Friedens sind gewaltfreie Methoden der Konfliktbearbeitung militärischen Optionen vorzuordnen. Dementsprechend kann der Ruf nach Militäraktionen als „letztem Mittel“ erst dann glaubhaft sein, wenn zuvor die „ersten Mittel“ der vorbeugenden Konfliktverhütung oder –Entschärfung ausgeschöpft und mit allem Nachdruck betrieben worden sind.

Das Bild, das die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik bietet, eignet sich nicht als positives Vorzeigbeispiel. Es lässt vielmehr eine andauernde Vernachlässigung der nicht-militärischen „ersten Mittel“ erkennen. Nach Auskunft des EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahms liegt beim deutschen Einsatz in Afghanistan das Verhältnis zwischen militärischen und zivilen Ausgaben 9 zu 1. Für den Zivilen Friedensdienst, der Friedensfachleute ausbildet und in Krisenregionen Projekte ziviler Friedensförderung und „Ent-Feindung“ durchführt, wurden 2013 29 Millionen Euro ausgegeben – dieser Betrag entspricht knapp den Aufwendungen, die der Bundeswehr als Teil eines Verteidigungshaushaltes von 33 Milliarden allein für Personalwerbung und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung standen.

Ein weiteres Versäumnis bei der Aufgabe, vorbereitend für einen dauerhaften Frieden zu wirken, brachte der frühere EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte zur Sprache. Im Frühjahr 2012 bilanzierte er im Zusammenhang mit der Syrienkrise: „Leider arbeiten wir oft zu lange mit diktatorischen Regimen zusammen – und sehen dann mit Schrecken, wozu diese fähig sind.“ Wie das Beispiel Libyens zeigt, folgte aus dem Sturz des bis dahin großzügig hochgerüsteten Diktators Gaddafi die Verselbständigung seiner Söldnertruppen und Waffen. Konsequenzen waren eine Explosion der Gewalt und die Destabilisierung einer ganzen Weltregion. Angefangen hatte alles mit der Verfolgung von Wirtschaftsinteressen, die blind machten für Menschenrechte.

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten. Bezug nehmend auf eine Staatenpraxis, die diesem Grundsatz entgegen steht, unterstreicht die EKD-Friedensdenkschrift: „Rüstungsexporte tragen zur Friedensgefährdung bei.“ Für Friedensrisiken erheblichen Ausmaßes ist demnach die Rüstungsexportpolitik unseres Landes verantwortlich. Deutschland ist in der Europäischen Union der größte und weltweit hinter den Vereinigten Staaten und Russland der drittgrößte Exporteur von Rüstungsmaterialien, die bekanntlich schnell von guten zu

bösen Benutzern wandern können. Durchschnittlich alle 14 Minuten stirbt ein Mensch an einer Kugel aus einem deutschen Gewehr. Hier die Schleusen weiter zu öffnen wäre ein verhängnisvolles Signal – besonders im Irak, der bereits jetzt zu den Regionen mit der weltweit höchsten Waffendichte gehört.

Noch einmal zum Thema des missachteten Vorrangs der zivilen Konfliktbearbeitung: Es ist befremdlich, wenn Deutschland Waffen im Wert von 70 Mio Euro in den Irak liefert, die humanitären Hilfsleistungen auf 50 Mio begrenzt und zugleich beschließt, den Titel „Humanitäre Hilfe“ im Bundeshaushalt 2015 um 120 Mio Euro zu kürzen – gerade jetzt, wo die Flüchtlinge in den Auffanglagern langfristig mehr Unterstützung brauchen denn je. Ende August hat der Oberste Rat aller evangelischen Gemeinschaften in Syrien und Libanon einen eindringlichen Hilferuf an die evangelischen Kirchen weltweit gerichtet. Er macht aufmerksam auf die lebensbedrohliche Situation der Christen im Mittleren Osten und warnt vor der Vernichtung ihrer Existenz durch islamistische und terroristische Kräfte. Konkret werden wir Christen in anderen Ländern um Beistand in den folgenden Bereichen ersucht: Wir werden gebeten, die lebensgefährliche Bedrohung unserer Glaubensgeschwister und ihrer nicht radikalisierten muslimischen Mitbürger im politischen Bewusstsein unseres Landes wach zu halten. Wir werden aufgerufen, mit Lebensmitteln, Wasservorräten und medizinischer Unterstützung dringend notwendige humanitäre Hilfe zu leisten. Und schließlich sollten wir uns bei unserer Regierung dafür einsetzen, die Finanzströme und Waffenzufuhr an fundamentalistische und radikale Gruppen zu unterbinden. Auf Deutschland bezogen, heißt das, trotz Fußball-Weltmeisterschaftsplänen und Wirtschaftsinteressen politisch Einfluss zu nehmen auf die Staaten Katar und Saudi-Arabien, die die Terroreinheiten des „Islamischen Staats“ (IS) finanzieren. All dies sind Handlungsebenen, auf denen Deutschland seine internationale Friedensverantwortung aktiv wahrnehmen kann und sollte.

Im Mai 2008 hat die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz die Aussagen der EKD-Friedensdenkschrift zum Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung und zur Problematik der deutschen Rüstungsexport-Praxis ausdrücklich gebilligt. In dem Votum zur Friedensarbeit, das die Frühjahrssynode 2014 verabschiedete, heißt es: „Die Synode bittet die Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen, sich immer wieder neu der christlichen Friedensbotschaft zu vergewissern und der zunehmenden Akzeptanz für militärische Interventionen und gewaltsame Konfliktlösungen entgegen zu wirken.“ Evangelische Friedensethik muss gewaltkritisch bleiben, wenn sie ihrer Orientierungsfunktion gerecht werden will.

Friedhelm Schneider
Leiter der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt
der Evangelischen Kirche der Pfalz